

Zuwanderung und Europas Sicherheit

Autor(en): **Schilling, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 10

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zuwanderung und Europas Sicherheit

Die Zuwanderung zahlreicher Menschen nach Europa gehört zu den markantesten Phänomenen unserer Epoche. Doch kaum ein anderer Bereich der Politik zeigt so deutlich das Versagen der Europäischen Union an wie das Verhalten der europäischen Regierungen in der Frage des gewaltigen Zustroms von Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten über das Mittelmeer.



Walter Schilling

Jeden Tag kann die gesamte Welt zusehen, wie hilflos und zerstritten die Regierungen auf das dramatische Geschehen an den Grenzen der Europäischen Union reagieren. Praktikable, tragfähige und annehmbare Antworten auf die enorme Zuwanderung und die Sicherung der europäischen Aussengrenzen bieten die Regierungen nicht. Vielmehr erweist sich die Europäische Union – wie in anderen Bereichen auch – als eine Maschinerie für oberflächliche Kompromisse, die nichts lösen, sondern zu neuen, noch gefährlicheren Konflikten führen.

Tatbestände

Es lässt sich nicht bestreiten, dass allein in den vergangenen 12 Monaten mehr als 400 000 Menschen von gut organisierten Schlepperbanden über das Mittelmeer nach Europa gebracht worden sind. Mehr als eine Million Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern warten derzeit allein in Libyen auf ihre Chance zur Überfahrt. Eine weitere Million Menschen suchen eine Gelegenheit, von den Küsten der Türkei, Ägyptens, Tunesiens, Algeriens und Marokkos aus das

europäische Territorium zu erreichen. Es ist ebenso eine Tatsache, dass die weitaus meisten Migranten aus den afrikanischen Ländern aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa wollen. Sie lassen sich von den hohen Kosten für die Schlepperbanden und von den enormen Risiken der Passage über das Meer nicht abhalten, weil sie wissen, dass es zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und Organisationen in einigen EU-Ländern gibt, die ihnen trotz ihres offensichtlich illegalen Zutritts nach Europa helfen, in ihr Wunschland zu gelangen und dort zu bleiben. Vor allem in Deutschland, Frankreich und Österreich sind solche Gruppen und Organisationen sehr aktiv. Es verwundert deshalb nicht, wenn besonders viele Migranten diese Länder als ihr Ziel angeben und mit allen Mitteln zu erreichen suchen.

Gleichwohl steht fest, dass schon die bisher nach Europa gekommenen Migranten nicht alle dort bleiben können. Zudem wird es nicht möglich sein, den enormen Zustrom von Migranten mit Blick auf die angemessene Versorgung, die soziale Betreuung und die Möglichkeiten der Integration zu verkraften. Auch die von manchen Regierungen erhobene Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Migranten auf die 28 Mitgliedsländer

500000 Migranten über das Mittelmeer dieses Jahr?

Bild: kurier.at

der EU führt hier nicht weiter. Die entsprechenden Versuche, hierfür eine Lösung zu finden, brachten neuen Streit zwischen den EU-Ländern hervor. Die bereits erkennbare Tendenz mancher Regierungen, nationale Grenzen zu schliessen und Zäune zu errichten, dürfte sich fortsetzen. Erst recht wird das kategorische Verlangen einzelner Personen und gesellschaftlicher Gruppen nach einer grosszügigen Aufnahme aller Migranten nicht dazu beitragen, der Lösung des Problems näherzukommen. Ihre sehr weitgehenden, Fragen der Sicherheit und der inneren Stabilität der einzelnen Länder überhaupt nicht in den Blick nehmenden Forderungen haben vielmehr den Streit innerhalb der Gesellschaften erheblich verschärft und tiefgreifenden Konflikten den Boden bereitet. Dabei wird auch versucht, jeden Andersdenkenden als «Ausländerfeind» in die rechtsextreme Ecke zu stellen. Solche Bewertungen gehen zum einen an der Sache vorbei. Sie zeigen zum anderen, dass man die mit der illegalen Zuwanderung vieler Menschen verbundenen Fragen gar nicht als Sicherheitsproblem wahrnimmt.

Gefährliche Konsequenzen

Es lässt sich nicht leugnen, dass bereits die bisherige Vorgehensweise der europäischen Regierungen in der Migrationsfrage, aber vor allem das Verhalten der in den Medien ständig präsenten Befürworter einer grenzenlosen Aufnahmebereitschaft zu weiteren innergesellschaftlichen Konflikten führen wird. Dies liegt nicht allein in der grossen Zahl der Migranten und der Tatsache begründet, dass die meisten von Afrika über das Mittelmeer nach Europa kommenden Menschen Muslime sind und die ohnehin kaum zu bewältigende Problematik der in Europa präsenten streng islamisch geprägten «Parallelgesellschaften» noch vergrössern. Angesichts der chaotischen Verhältnisse nach der Ankunft der Migranten auf europäischem Boden wächst auch die Sorge, dass zunehmend islamistische Kämpfer in die EU gelangen. Nach den Erkenntnissen westlicher Geheimdienste zahlen die Terrororganisationen den Schlepperbanden für jeden nach Europa gebrachten Kämpfer 10000 Dollar. Insbesondere die äusserst flexibel und transnational agierende Terrormiliz IS macht sich diese spezifischen



... und wie viele davon gehören dem IS an?

Bild: web.de

Verhältnisse im Umfeld der Migrationsströme zunutze. Sie erleichtern es der Terrorgruppe, sich dauerhaft in Europa zu etablieren, solange die Aussengrenzen der EU nicht hinreichend gesichert werden. Es besteht nunmehr die konkrete Gefahr, dass eine Generation von Europäern heranwächst, die angesichts der Nichtbeachtung ihrer genuinen Interessen und der

mangelnden Bereitschaft der europäischen Regierungen, ein wirksames Grenzregime zu errichten, das «Projekt Europa» immer weniger schätzen wird. Dieser schon jetzt zu beobachtende Prozess der schwindenden Legitimation des Staatenverbundes Europa und der bereits in manchen europäischen Ländern deutlich sichtbaren Überfremdung wird sich erst recht beschleunigen, wenn sich die Befürworter einer grosszügigen Zuwanderung durchsetzen sollten und damit neue gewaltige

Gezieltes Engagement

BearingPoint bietet Management- und Technologieberatung, die Strategien mit neuen technischen Möglichkeiten verknüpft. Wir entwickeln individuelle Lösungen auf persönlicher Basis. Unternehmen und Organisationen profitieren von messbaren Ergebnissen, wenn sie mit uns zusammenarbeiten.

www.bearingpoint.com



BearingPoint®

**Thomas Fuchs (BE) wieder in den Nationalrat.
Ihre Wahl für eine starke Schweizer Armee:**

« Die Schweizer Milizarmee hat sich bestens bewährt und die Armee schützt im Ernstfall auch die Dienstverweigerer der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). »



Thomas Fuchs ist Oberst, Leiter der Oberaufsicht über die Generalstaatsanwaltschaft, Grossrat und Präsident der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE. Er kandidiert wieder für den Nationalrat auf der Liste 1 der SVP Kanton Bern.

PRO LIBERTATE ist keine Partei, sondern ein Zusammenschluss von gleichdenkenden Schweizerbürgerinnen und -bürgern, die bereit sind, sich für die bestehenden und zukunftsorientierten Werte in unserem Lande einzusetzen. **Machen Sie mit und treten Sie unserer Vereinigung bei!**

Jetzt mitmachen & Mitglied werden: www.prolibertate.ch

- Ich will Mitglied bei der Vereinigung PRO LIBERTATE werden!
 PRO LIBERTATE interessiert mich.
 Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu.

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

Talon ausschneiden und einsenden an:
PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen



**In den
Nationalrat**
Für Sicherheit & Stabilität

18. Oktober 2015

Kanton Zürich Jacqueline Hofer

- Gemeinderatspräsidentin Stadt Dübendorf
- Kantonsrätin SVP seit 2011
- Justizkommission des Kantons Zürich
- Parlamentarische Gewerbegruppe, Wohn- und Grundeigentum und Sport
- Vorstand Kantonaler Gewerbeverband Zürich
- Präsidentin Bezirksgewerbeverband Uster
- HEV Dübendorf & Oberes Glattal / Uster

Liste 1 jhofer.ch

**2 x auf
Ihre Liste**

Wahlspenden: PC-Konto Nr. 87-786913-1
Hans-Ueli Vogt in den Ständerat



Rudolf Winkler

Nationalrat bisher

www.rudolf-winkler.ch

Liste 6 **BDP**

2 x auf Ihre Liste



**Folgende Persönlichkeiten unterstützen die
Wiederwahl von Rudolf Winkler in den Nationalrat:**

Sepp und Margrit Arnet, Fällanden – **Werner Bachmann**, ehem. Gemeinderat Ellikon an der Thur – **Ueli Büchi**, ehem. Gemeindepräsident, Maur – **Walter Dürig**, ehem. Kdt Flieger- und Flabtruppen, Gockhausen, Dübendorf – **Hans Frei**, Präsident Zürcher Bauernverband, Watt – **Elisabeth Frei Bärtschi**, Blumen Floristik, Wald – **Kurt Glaus**, Dipl. Sicherheitsfachmann, Ehrenmitglied Eidg. Schwingerverband, Winterthur – **Martin Hübscher**, ehem. Präsident Landwirtschaftlicher Bezirksverein, Liebensberg – **Ulrich Isler**, ehem. Kantonsrat, Winterthur – **Kurt Kohler**, ehem. Gemeindepräsident, Pfungen – **Silvia Kohler**, Pfungen – **Martina Krebs**, Lehrerin, Pfungen – **Fredy Lienhard**, Förster, Uitikon Waldegg – **Willy Neukom**, pens. Bankberater, Wetzikon – **Heini Ott**, Dipl. Ing. HTL, Winterthur – **Heinz Peter**, ehem. Gemeindepräsident, Oberwil-Dägerlen – **Christoph Pfister**, Kdt MILAK, Birmensdorf – **Beat Riget**, Förster, Kyburg – **Ursula Schläpfer Frei**, Wald – **Frank Sharma**, Medienberater, Gossau ZH – **Irene Stammbach**, Zürich – **Prof. Dr. Urs Stammbach**, Zürich – **Hans Staub**, Meisterlandwirt, ehem. Präsident Zürcher Bauernverband Wädenswil – **Barbara Stauffer**, Erwachsenenbildnerin, Thalwil – **Hanni Stutz**, Bezirksrätin, Stallikon – **Tibor Szilagyi**, Dipl. Forsting. ETH, Dübendorf – **Lothar Ziörjen**, Stadtpräsident, Dübendorf – **Maja Ziörjen**, Präsidentin BDP Bezirk Uster, Dübendorf

Wellen der Migration auslösen. Die Eigendynamik dieses Prozesses sowie die Gefahren für die innere Sicherheit und die gesellschaftliche Stabilität werden immer noch unterschätzt. Dabei ist längst klar, dass es sich bei dem derzeitigen Geschehen erst um die Anfangswelle der Zuwanderung handelt. Die grosse Zuwanderungswelle kommt erst noch, da sich die Bevölkerung in Afrika in den nächsten zehn Jahren verdoppeln und weitere Konflikte auslösen wird. In dieser Situation das Problem der von Schlepperbanden organisierten Zuwanderung fast ausschliesslich unter dem Aspekt der Humanität und der Menschenrechte zu betrachten und behandeln zu wollen, führt nicht weiter. Ein Staatenverbund, der grundlegende politische Herausforderungen nicht meistern und derzeit nicht einmal seine eigenen Aussengrenzen sichern kann, sollte daher nicht andere Staaten beständig kritisieren und den Anspruch erheben, weltweit für alle Streitfragen und deren vielfach schlimmen Folgen zuständig zu sein.

Dringender Handlungsbedarf

Angesichts der prekären sicherheitspolitischen Situation, in die sich die europäischen Regierungen selbst durch ihr Fehlverhalten in der Migrationsfrage gebracht haben, sollte man nicht an neue Diskussionen und weitere fragwürdige Kompromisse denken. Vielmehr gilt es für die Regierungen in Europa, das wahre Ausmass des Problems zu erkennen, ihre Scheu vor Konfliktlösungen abzulegen und Mut zum Handeln zu zeigen. Hierzu bleibt nicht mehr viel Zeit, wenn man praktikable und tragfähige Antworten auf die enormen Herausforderungen geben will. Erstens wird die EU nicht umhin können, ihre Aussengrenzen wirksam zu sichern. Den Bürgern ist Sicherheit versprochen worden. Sie haben Anspruch darauf, dass dieses Versprechen eingelöst wird. Eine robuste Kontrolle der Aussengrenzen ist die Voraussetzung für die Freizügigkeit im Innern. Das heisst eben auch, die Räume im Vorfeld der europäischen Aussengrenzen machtpolitisch wahrzunehmen und geeignete Massnahmen hierfür zu treffen. Zweitens wird es nötig sein, die Asyl- und Zuwanderungspolitik der EU umfassend neu zu regeln. Die europäischen Regierungen werden sich dafür entscheiden müssen, gut ausgestattete Auffangzentren für Migranten in den afrikanischen Küstenstaaten am Mittelmeer unter Aufsicht der

Vereinten Nationen einzurichten. Den betroffenen afrikanischen Staaten ist im Rahmen der hierzu notwendigen Staatsverträge grosszügige Hilfe zu gewähren. Mit ihnen und weiteren afrikanischen Ländern sind Rückführungsabkommen zu schliessen. Wo dies – wie z. B. in Libyen – wegen der Bürgerkriegssituation schwierig ist, wird man jene Gruppierungen unterstützen und militärisch stärken müssen, die mit den Europäern zusammenarbeiten wollen. Drittens wird man durchsetzen müssen, dass Asyl- und Zuwanderungsgesuche künftig nur in diesen Auffangzentren gestellt und bearbeitet werden. Viertens sind die derzeit in den europäischen Ländern anhängigen Asylverfahren zu beschleunigen. Für die abgelehnten Asylbewerber ist eine zügige Abschiebung zu organisieren. Dabei hat jedes EU-Land im Rahmen seiner Souveränität das Recht, selbst zu entscheiden, wen es bei sich aufnimmt. Fünftens wird man konsequent die trotz aller Vorkehrungen mit Hilfe der Schlepperbanden auf den Weg nach Europa gebrachten Migranten aus dem Meer retten und umgehend zurück an die afrikanische Küste in die Auffangzentren bringen müssen. Es erscheint in diesem Kontext unabdingbar, dass alle Migranten – ob sie europäischen Boden erreicht haben oder nicht – registriert werden. Den betroffenen europäischen Staaten und ihren im Mittelmeer eingesetzten Streitkräften ist die zur Rettung, Versorgung und humanitären Betreuung der Migranten erforderliche Unterstützung zu geben. Und schliesslich müssen die Schlepperbanden entschlossener und wirksamer als bisher bekämpft werden. Die von den Aussenministern der EU-Staaten am 22. Juni 2015 eingeleiteten militärischen Massnahmen reichen nicht aus, um die komplizierte Mission durchzuführen. Die Tatsache, dass man sich erst einen Überblick über die Routen der von den Schlepperbanden eingesetzten Boote verschaffen muss, zeigt die bisherigen Versäumnisse an. Zudem gilt es, rechtliche Unsicherheiten zu beseitigen, die den Handlungsspielraum der EU bislang noch stark einschränken. Eine enge Abstimmung mit den Vereinten Nationen dürfte hierfür nötig sein. ■



Oberst i GSt aD
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
I-39012 Meran (Bz)

Das Wort des Cda

Geschätzte Kader,
liebe Leserschaft



Im Editorial der ASMZ-Ausgabe vom August war zu lesen, dass die Schweiz ihre eigenen Sicherheitswerkzeuge verlottern lässt. Hintergrund dieser Äusserung ist die Tatsache, dass die Eidgenossenschaft sparen muss. Und damit auch die Armee. Schlussfolgerung des Autors: Es brauche jetzt einen Marschhalt, weitere Arbeiten an der WEA seien vor diesem Hintergrund sinnlos.

Mit Verlaub: Das ist falsch. Ein Marschhalt wäre fatal, denn die 2009 identifizierten Mängel werden damit nicht behoben. Mit den abnehmenden Beständen ist eine Weiterführung der Armee XXI nicht mehr möglich. Wir haben schlicht nicht mehr genügend Soldaten und Kader, um die Verbände zu alimentieren.

Richtig ist es, die WEA weiter voran zu treiben. Die Armee hat die Arbeiten dafür Ende 2008 aufgenommen. Fakt ist aber auch, dass die Rahmenbedingungen für die WEA in den vergangenen sieben Jahren mehr als einmal geändert haben. Jüngstes Beispiel ist die Verschiebung des Starts der WEA auf den 01.01.2018. Damit kann die Armee umgehen. Wir sind uns gewohnt, in Varianten zu denken.

Es ist nicht jeder für alles zuständig. Die Politik formuliert die Vorgaben für die Armee, die Armee setzt diese Vorgaben um. Hat sie umzusetzen. Innerhalb der von der Politik festgelegten Frist. In den politischen Prozess hat sich die Armee nicht einzumischen.

Unverändert bleibt aber bei der Beurteilung der sicherheitspolitische Lage die Tatsache, dass der mit der WEA vorgesehene Weg richtig ist. Weil er klare Verbesserungen mit sich bringt.

Die WEA ist ein Gesamtpaket aus Ressourcen und vorgesehenen Leistungen. Falls das Budget der Armee im Rahmen des bundesrätlichen Stabilisierungsprogrammes 2017–2019 substantiell gekürzt wird, müssten die Eckwerte der WEA angepasst werden. Ich werde auf jeden Fall alles daran setzen, dass wir am Schluss ein ehrliches Gesamtpaket haben.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee